„*Vive le Président*“

Von der Grenze im Süden – von den Kolonialmächten teilweise „mit dem Lineal“ gezeichnet – reicht das Land keilförmig nach Norden bis zum Tschadsee; die nationalen Grenzen decken sich kaum mit anderen – natürlichen, ökonomischen, kulturellen, vorkolonial-politischen, sprachlichen – Grenzen. Nord- und Mittelkamerun lagen im Einflussbereich grosser Reiche, deren Kernlande im Tschadseeraum oder in Nordnigeria lagen. Die Einwanderung der Fulbe brachte die Islamisierung des Nordens. Die wirtschaftliche Basis der “Graslandstaaten” im Südwesten war die Landwirtschaft. Während die Aristokratie der Fulbe den aus der Arbeit von Sklaven und unterworfenen Bauern erzielten Überschuss an Zeit und Waren vor allem in Aggression und Reflexion umsetzten, d.h. in Religion, Krieg und geistige Bildung, entstanden in den Graslandstaaten auch eine hoch entwickelte Architektur und ein bedeutendes Kunsthandwerk. Die unabhängigen Dorfstaaten im Südosten leisteten lange und erfolgreich Widerstand gegen die Kolonisierung. Die Küstenzone war schon sehr früh in den transatlantischen Handel eingebunden.
1884 wurde unter dem Druck von Handelsfirmen Kamerun deutsche Kolonie. Nach dem Ersten Weltkrieg übernahmen Frankreich und Grossbritannien das Territorium als Völkerbundmandat. Die drei Grossräume erfuhren durch die Deutschen wie durch die Mandatsmächte eine unterschiedliche politische und wirtschaftliche Entwicklung, die durch Siedler, Kolonialgesellschaften und einheimische cash crop Produktion bestimmt wurde.
Deutschland leistete durch den Ausbau der Infrastruktur und die Förderung der Siedler einen starken Beitrag zur wirtschaftlichen Modernisierung; unter Mandatsverwaltung stagnierte die Entwicklung bis nach dem 2. Weltkrieg. Die soziale Modernisierung erfasste die Völker unterschiedlich – an der Küste deutlich, im Norden kaum. Eine relativ bedeutende Rolle spielt die „Vermarktung“ der Arbeitskraft; das hatte Folgen für die soziale und politische Lage in den 1950er und 60er Jahren.
Die französische Verwaltung war zentralistisch organisiert und liess einen starken Einfluss der franz. Siedler (*colons*) zu. Im englischen Mandatsgebiet gab es eine stärkere lokale Verwaltung und die Region war politisch in das nigerianische Geschehen eingebunden. Mit Ende des 2. Weltkrieges bestanden latente Konflikte der Kolonialverwaltung mit nahezu allen Bevölkerungsgruppen des *Cameroun utile*, wobei nur die “neue Elite” und die kollaborierenden Chefs Interesse an einem Einvernehmen mit den Franzosen hatten. Verschärft wurden die Konflikte durch die *colons*, die eine Fortsetzung bzw. Ausweitung des Siedlereinflusses forderten.
Die spätkoloniale Periode war geprägt durch den Befreiungskampf der UPC (*Union des Populations du Cameroun*) und die Frage der Wiedervereinigung der beiden Mandatsgebiete. 1961 brachte eine Abstimmung den Anschluss des südlichen Teils des britischen Mandatsgebietes an *Cameroun*, während der Norden bei Nigeria blieb. Die Unabhängigkeit Anfang 1960 erfolgte aufgrund des bewaffneten Widerstands eines Teils der Bevölkerung bereits unter Bedingungen eines Ausnahmezustands. Präsident Ahidjo nützt mit Unterstützung der Franzosen die Lage zur Einrichtung eines autoritären Präsidialregimes, das im Grunde trotz der Zulassung eines Mehrparteiensystems 1992 bis heute erhalten blieb.
Die Föderation der beiden Kamerun in 1961, mit einer Reihe von Garantien für den weit kleineren anglophonen Teil, blieb bis heute problematisch und 1984 setzte die frankophone Elite letztlich eine totale Annexion in Form der *République du Cameroun* durch. Der Widerstand dagegen führte zur Entstehung einer anglophonen Widerstandsbewegung, die bis heute den Westen Kameruns durch Proteste,

Entführungen und Gewaltakte unsicher macht. Unsicherheit prägt auch den Norden, wo es immer wieder zu Überfällen der islamistischen *Boko Haram* kommt.
Die Wirtschaft blieb auch nach der Unabhängigkeit durch fremdes Kapital dominiert. Die regierende Klasse wurde zum Partner einer Wirtschaft, die lieber kapital- als arbeitsintensiv produziert. Bis in die zweite Hälfte der 1970er Jahre machten Agrarprodukte bzw. tropische Hölzer den grössten Teil der Exporte aus. Neun Zehntel der Landwirtschaft machten die kleinen bäuerlichen Produzenten aus; sie mussten die Modernisierung der kamerunischen Wirtschaft ebenso finanzieren wie die ständig wachsende Bürokratie. 1978 begannen begannen ELF, Total (beide französisch), Shell und Mobil Erdöl zu fördern Verglichen mit anderen erdölproduzierenden Ländern übernahm in Kamerun der Staat einen deutlich höheren Anteil an den Profiten, entschied aber zugleich, den grössten Teil dieser Einkommen nicht dem Budget zuzuführen sondern auf Konten teilweise ausserhalb der Franczone zu parken. Die Verfügung über diese Konten kam allein dem Präsidenten zu. Erst unter Ahidjos Nachfolger Paul Biya floss mehr Geld aus den Erdölprofiten in die staatliche Wirtschaft, doch diente ein bedeutender Teil zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten. Die Aufträge gingen zumeist an europäische Firmen und in Verbindung mit Krediten, die zusätzlich aufgenommen wurden, machte die rege Bautätigkeit Kamerun noch stärker vom Ausland abhängig.
Klientelismus, Korruption und regionale Differenzen prägen ebenso wie die Präsidialherrschaft das politische und soziale Klima, das auch durch die Einführung eines Mehrparteiensystems nicht verändert wurde. Seit 2008 erlaubt die Verfassung dem Staatschef unbeschränkte Wiederwahl. Bereits 1984 schrieb Daniel Ewande in seinem Pamphlet „*Vive le Président*“ (Paris: L'Harmattan.): „*Bringen wir es auf den Punkt: im Allgemeinen braucht es um Abgeordneter zu werden weniger Fähigkeiten als sie ein Facharbeiter, ein Landarbeiter oder ein Docker braucht; man muss weder stark sein noch intelligent, genauso wenig ein Verwaltungsfachmann oder geborener Redner. Die Tüchtigkeit misst man nicht an der Zahl der Worte, die jemand im Laufe eines Tages produzieren kann; wozu sollte man überhaupt zu allen möglichen Gelegenheiten eine persönliche Meinung parat haben. Ein Abgeordneter [...] muss nur eines, unter allen Umständen: Ja sagen, wenn es sein Präsident will.*“
Paul Biya, 1934 geboren, ist nach Obiang Nguema von Äquatorialguinea der „zweitdienstälteste“ unter den afrikanischen Präsidenten. Trotz der heftigen –medialen – Opposition aus der Diaspora, der Inhaftierung hunderter Kritiker_innen (nach Verurteilung durch Militärgerichte) und des seit 2016 im anglophonen Teil agierenden bewaffneten Widerstands bleibt der Staatschef an der Macht und lässt die Frage unbeantwortet, ob er 2025, mit 92 Jahren, seine erneute Wiederwahl erzwingen will. Er hat dafür bislang die Unterstützung der Industriestaaten, der Armee und Sicherheitsdienste sowie der internationalen Unternehmen, deren Geschäfte durch die Stabilität des Regimes abgesichert sind.